

Stellungnahme zum "Netzentwicklungsplan Strom 2015 - erster Entwurf der Übertragungsnetzbetreiber" vom 30. Oktober 2015

Germanwatch begrüßt die Gelegenheit, sich am Konsultationsprozess zum Netzentwicklungsplan Strom 2015 bzw. Netzentwicklungsplan Offshore 2015 beteiligen zu können. Wir bedanken uns bei den erstellenden Netzbetreibern für ihr Bemühen um einen transparenten, verständlichen Prozess sowie ihre offene Bereitschaft zum Aufnehmen von Anregungen und Verbesserungsvorschlägen. Dies hat im Lauf der vergangenen Jahre eine stetige Lernkurve befördert, die neben dem technisch-prozedural auch gesellschaftlich-partizipatorische Aspekte umfasste. Beides zusammen ist für eine erfolgreiche Energiewende mit der Erreichung der von der Bundesregierung gesetzten Ziele wie auch der allgemeinen Akzeptanz der Netzplanung unerlässlich.

Bewertung

Der Netzentwicklungsplan soll mit seinen Szenarien laut §12 (1) EnWG "die Bandbreite wahrscheinlicher Entwicklungen im Rahmen der mittel- und langfristigen energiepolitischen Ziele der Bundesregierung abdecken". Aus Sicht von Germanwatch ist es daher von entscheidender Bedeutung, dass die Transformation des Energiesystems Strom zu einem dekarbonisierten System nicht nur als eine mögliche Option, sondern als der zentrale Entwicklungspfad im Planungsprozess verankert wird. Nach dem Paris-Abkommen ist das sogar eine völkerrechtliche Verpflichtung. Deshalb müssen alle Szenarien die klimapolitischen Vorgaben der Bundesregierung erfüllen. Hier ist der vorliegende Entwurf ein Schritt in die richtige Richtung. Germanwatch begrüßt ausdrücklich, dass drei der sechs Szenarien auf Grundlage von gedeckelten CO₂ Emissionen erstellt und somit unsere Forderung nach einer Berücksichtigung der Klimaziele der Bundesregierung zumindest in Teilen aufgenommen wurden. Allerdings sind die angenommenen Emissionen in Höhe von 187 Millionen Tonnen im Jahr 2025, was einer Minderung von 47,5% gegenüber 1990 entspricht und damit genau zwischen den Zielen von 40% Emissionsminderung bis 2020 bzw. 55% bis 2030 liegt, mit Blick auf die oft betonte Schlüsselrolle des Stromsystems sehr zurückhaltend formuliert. In allen Dekarbonisierungsszenarien hat der Stromsektor eine Vorreiterrolle. Er kann und muss hier mehr leisten. Die Reformen bei der Setzung der CO₂ Preise sollten progressiver eingebracht werden und eine verminderte Kapazität aus konventionell-fossilen Quellen - insbesondere bei der Braunkohleverstromung - halten wir für angemessen. Das Kohlendioxidemissionsziel muss auch mit Blick auf die Vorgaben der Bundesnetzagentur im Szenariorahmen und dessen Umsetzung im Netzentwicklungsplan zwingend in jedem Szenario erreicht werden, da es sich bei der CO₂-Deckelung keineswegs um eine fakultative Vorgabe handelt. Die Klimaschutzziele für 2030, 2040 und 2050 wurden im „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ sowie durch Grün- und später Weißbuch des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) zum künftigen Strommarktdesign nochmals bekräftigt und sind damit bindend. Daher sind aus Perspektive von Germanwatch alle Szenarien diesem Zielkorridor anzupassen, so dass eine Szenariooption wie A 2025 als völlig inakzeptabel erkennbar wird. Ein großflächiger Stromexport aus überwiegend fossilen Quellen in Höhe von 93TWh pro Jahr entspricht faktisch einer massiven Verschiebung von Emissionen ins europäische Ausland. Mit einem Leitszenario, das sich an ambitionierten Ausbauzielen für erneuerbare Energien ausrichten muss, ließen sich derartige nicht gewünschte Entwicklungen klarer erkennbar machen.

Die erstmalige Mitbetrachtung der EEG-Novelle von 2014 ist als Grundlage wichtig für die Entwicklung des Bundesbedarfsplans. Das Instrument Spitzenkappung in Höhe von maximal drei Prozent von Onshore-Wind und Photovoltaik erscheint Germanwatch in diesem Zusammenhang ebenso als passendes Instrument zur Vermeidung eines überdimensionierten Netzausbaus wie der Ansatz der Regionalisierung mit seinem überarbeiteten Konzept von Flächennutzung. Bei der Weiterentwicklung der Kriterien zur Vermeidung von Redispatch-Maßnahmen sehen wir noch insofern Verbesserungsbedarf, da sie - soweit das aus den Dokumenten ersichtlich wird - technologieneutral sind und damit keinerlei Priorisierung hinsichtlich der Erzeugungsquellen der Redispatch-Maßnahmen erlauben. Zudem müssen die nationalen Klimaschutzinstrumente im Strommarkt als Grundlage für die Festlegung von notwendigen Maßnahmen im Bundesbedarfsplangesetzt Beachtung finden.

Vorschläge

Das explizite Ziel des Netzausbaus in Deutschland ist die Dekarbonisierung des Stromsystems. Verbunden mit einem möglichst kosteneffizienten Netzzubau sowie der Vorgabe, einen möglichst kontinuierlichen Zubau von erneuerbaren Energiequellen zu ermöglichen, möchte Germanwatch vor allem zwei Themenfelder ansprechen - Kohleausstieg und offene technologische Pfadentwicklung.

Um den Kohleausstieg mittelfristig realisieren zu können, ist es notwendig den Must-Run-Kohlesockel zu reduzieren und somit die Flexibilisierung des konventionellen Kraftwerksparks zu befördern. Die schlichte Herabsetzung der Lebensdauer von Kohlekraftwerken ist hier nicht ausreichend. Als Bezugspunkt müsste zumindest die Anzahl der Volllaststunden von Braunkohlekraftwerken ähnlich wie bei der Steinkohle geschehen an die klimapolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung angepasst werden. Eine weitere Möglichkeit, Kohlekraftwerke in den Berechnungen nach und nach zu ersetzen, könnte sein, gezielt Exportkapazitäten insbesondere bei Offshore-Windparks, die von den Autoren des Netzentwicklungsplans als wichtiger Treiber ausgemacht wurden, in die Überlegungen miteinzubeziehen. Eine Anbindung von Offshore-Wind-Produktionsstätten an Deutschland und Nachbarländer wie beispielsweise Norwegen (oder schon geschehen Dänemark) könnten nicht nur dafür geeignet sein, Schwankungen bei der Vergütung von erzeugtem Strom abzufedern, was auch Folgen für die Merit-Order Verteilung des deutschen Marktes haben würde. Mit den Lastverschiebungen erhielten die Offshore-Windparks, die derzeit oftmals nicht ihre volle Leistung abrufen können, zudem ein Profil, das der herkömmlichen Grundlastversorgung von Kohlestrom ähnelt. Dies böte Potentiale, den Gesamtnetzausbau Onshore in Deutschland zu vermindern bzw. zumindest den Zeit- und damit Kostendruck herauszunehmen. Ziel muss bei einer derartigen Simulation von Auslandsverbindungen sein, Eingriffe in das deutsche Netz sowohl in finanzieller wie auch ökologischer Natur so gering wie möglich zu halten.

Um die Entwicklung des deutschen Stromsystems so lange wie möglich offen zu halten und dafür Sorge zu tragen, dass Pfadabhängigkeiten nicht Fortschritte bei netzentlastende Technologien behindern, erscheint es uns überlegenswert, insbesondere bei Speichertechnologien verschiedene Entwicklungsvarianten durchzuspielen. Germanwatch begrüßt in diesem Zusammenhang das Vorgehen der verfassenden Übertragungsnetzbetreiber, bereits existierende oder zumindest im konkreten Planungs-/Bauprozess befindliche Speicherkapazitäten in die Berechnungen einzubeziehen und so ihr Potential zu berücksichtigen, den Ausbaubedarf zu senken. Allerdings würden wir uns mit Blick auf die zukünftige Planbarkeit des Gesamtnetzes Aussagen wünschen, die als Grundlage für die zukünftige Anwendung von Speichertechnologie dienen können, mithin also "visionärer" sind. Dies erscheint auch mit Blick auf Akzeptanzbildung und die zu erwartenden Diskussionen vor Ort sehr sinnvoll.

Fazit

Aus Sicht von Germanwatch sind wie einleitend erwähnt die technische und gesellschaftliche Lernkurve bei der Netzplanung essentiell. Bei der technischen, unter die insbesondere die feste Verankerung von Klimaschutzziele fällt, sehen wir eine positive Entwicklung und bestärken die verfassenden Netzbetreiber darin, den eingeschlagenen Pfad nun auch zu Ende zu gehen. Das Paris-Abkommen erzeugt dafür weiteren Rückenwind. Deshalb müssen unbedingt alle Szenarien des Netzentwicklungsplans die klimapolitischen Vorgaben der Bundesregierung erfüllen. Dies ist auch für die gesellschaftliche Akzeptanz wichtig. Germanwatch ist gerne bereit, benötigte Stromnetze auch öffentlich zu unterstützen - wenn sie der Energiewende dienen. Daneben ist für die Akzeptanz eine frühzeitige und ernsthafte Bürgerbeteiligung die entscheidende Komponente. Auch hier haben die verfassenden Netzbetreiber sich aus unserer Sicht durchaus auf den richtigen Weg gemacht, indem ein festes Konsultationsverfahren etabliert wurde. Wir sehen allerdings mit Sorge dessen Umgehung durch die Hintertür der Gesetzgebung, wie es jüngst mit der Änderung der Anlagen zum Bundesbedarfsplan geschehen ist. Die Einflussnahme auf die konkrete Gestaltung des Netzes ist unter dem Gesichtspunkt der Zukunftsfähigkeit nicht zuletzt deshalb bedenklich, weil laut den Berechnungen des NEPs die Anbindung der ostdeutschen Bundesländer sowie die regionale Vermaschung insgesamt leidet und darüber hinaus zusätzlicher Ausbaubedarf im Drehstromnetz vor Ort entsteht. Germanwatch ist sich im Klaren darüber, dass die Übertragungsnetzbetreiber hier nicht die vorrangigen Adressaten der Kritik sind, sondern sich diese vornehmlich an die Politik richtet. Es wäre eher zu fragen, ob man diese Kritik nicht gemeinsam an die Politik richten sollte.

Kontakt: Peer Krumrey, Referent für Stromnetze und Energiepolitik

Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin

Tel.: +49(0)30 / 28 88 356-83, Fax: -1

E-mail: krumrey@germanwatch.org

Web: www.germanwatch.org